

ISRAELS VERTEIDIGUNGSFÄHIGKEIT IN NÖTEN

Israels Gegner sitzen im eigenen Lager

In einer Meldung am 15. März von YNET wird Irans Verteidigungsminister Hossein Dehqan zitiert, der verlauten ließ: „Die Widerstandskräfte in Gaza haben 150 Raketen in den letzten vier Tagen auf die von Israel besetzten Gebiete abgeschossen.“ Er warnte, daß die operative Kraft des Widerstandes gegen das zionistische Regime tausendmal größer als bislang angenommen wäre. Und in der Tat feuerte der „Islamische Djiha“ eine ganze Serie an Raketen auf israelisches Territorium. An einem einzigen Tag wurden 60 Raketen gezählt. Bei einer Gegenreaktion der israelischen Streitkräfte wurden drei islamistische Terroristen getötet.

Im Ausland wird darüber nicht berichtet, weil vor allem linke und grüne Politiker in Deutschland zunehmend für die Palästinenser Partei ergreifen. Daß die Schäden auf israelischer Seite gering sind, liegt zum einen an der geringen Zielsicherheit der Raketen aus dem Gazastreifen, und zum anderen sichert sich Israel seinen Luftraum durch den Iron-Dome ab, so daß beim Anflug von feindlichen Raketen automatisch Luftabwehrraketen auf israelischer Seite ausgelöst werden, die die anfliegende Rakete noch in der Luft zur Explosion bringt. Ich habe dies selbst über dem Himmel von Tel Aviv beobachtet. Problematisch wird es allerdings, wenn ein Schauer feindlicher Qassam-Raketen auf ein bestimmtes Gebiet abgefeuert werden, so daß die Abwehr-Batterien auf israelischer Seite einem solchen Ansturm nicht mehr mit entsprechend vielen Flugabwehrraketen widerstehen können. Daher bleibt es unerlässlich, daß die Bevölkerung durch Luftschutz-

räume und Bunkeranlagen geschützt wird. Allein auf das israelische Sderot wurden von 2001 bis 2010 5.000 Raketen abgeschossen. Dabei wurden insgesamt zehn Israelis getötet und 500 verletzt.

Die Feinde von Israels Verteidigungsfähigkeit sitzen im eigenen Land

Was ich seit Jahrzehnten in Israels Presse forderte, wonach Israels selbsternannte fromme „Gralshüter“, die ultraorthodoxen Juden, gefälligst einer geregelten Arbeit nachgehen und ihren obligatorischen Militärdienst ableisten, sollte sich mit dem neuen Gesetz zur Einberufung ultraorthodoxer Männer zum Militär erfüllen. Am 12. März 2014 stimmte die Knesset mit 67 Ja-Stimmen mit einer Gegenstimme für ein Einberufungsgesetz ab. Die Opposition boykottierte die Abstimmung. „Jesch-Atid“ Parteivorsitzender Jair Lapid lag sich mit seinem Koalitionskollegen von der „Bait Jehudi-Partei“, Naftali Bennett, in den Armen. Der Abgeord-

nete Ayelet Schaked (Bait Jehudi) bezeichnete das neue Gesetz als einen historischen Meilenstein. „65 Jahre lang waren die Jeschiva-Schüler vom Militärdienst freigestellt gewesen und jetzt endlich die Wende!“ Bennett erklärte: „Jetzt müssen wir unsere Ärmel hochkrempeln und unsere ultraorthodoxen Brüder in die Wirtschaft und zum Dienst am Volke einbinden. Die Zeit für die Einheit des Volkes ist gekommen!“ Auf Video bekennt der Vorsitzende der Bait-Jehudi-Partei: „Es ist ein einmaliges Privileg, daß wir uns nach 2000 Jahren endlich in unserem eigenen Land selbst verteidigen können. Und nun ist dies möglich geworden.“ Erziehungsminister Schai Piron (Jesch Atid) bezeichnete den zivilen und Militärdienst als „ein Symbol unserer Zusammengehörigkeit, unseres Nationalismus und Zionismus. Dies zu verleugnen wäre eine Loslösung von der israelischen Gesellschaft (...).“ Ja'ir Lapid, der von 543.458 Wählern gewählt wurde, freute sich in Facebook über diesen Schritt in Richtung Gleichheit von



Nach dem Abstimmungssieg in der Knesset zugunsten eines Rekrutierungsgesetzes auch für ultraorthodoxe Juden lagen sich die Initiatoren Ja'ir Lapid (l.) und Naftali Bennett in den Armen

jedermann vor dem Gesetz und den Pflichten eines jeden Staatsbürgers. Auch der Autor dieses Beitrages diente in Israels Armee/Luftwaffe laut Militärausweis 18 Jahre und drei Monate, trotz Ehefrau und drei Kindern.

Massiver Widerstand seitens der ultraorthodoxen Juden

Ultraorthodoxe Kreise reagierten mit unverhohlener Wut auf das neue Gesetz, das auch ultraorthodoxe junge Juden in den Militärdienst ruft. Der Abgeordnete Israel Eichler von der „Vereinigten Torah-Judaismus-Partei“ sieht in dem Wehrgesetz einen Angriff auf den Lebensstil der ultraorthodoxen Juden, die im Gegensatz zur übrigen Bevölkerung keine Steuern zahlen und demzufolge von den Steuereinnahmen der arbeitenden Bevölkerung leben, die sie so verachten. Eichler tönte: „Diese Regierung von Häretikern (Abtrünnigen) hat kein Recht, uns, die wir der jüdischen Religion verpflichtet sind, eine Kultur des Bösen aufzuzwingen. Der Likud und seine Anverwandten und nationalistischen Partner sind die Speerspitze antireligiösen Zwangs und zwar im Dienste des Obergerichts in Jerusalem und der Reformbewegung, um die Torah zu entwurzeln. Ihr Ziel besteht darin, die Jugend einer teuflischen Kultur zu unterwerfen. Sie haben die Waffe einer diktatorischen Gesetzgebung und zögern nicht, diese auch zur Anwendung zu bringen. Ausländische Regeln werden auf diese Weise der jüdischen vorgezogen, um damit die Torah auszuschalten und verfolgen jene, die die Torah studieren wollen.“

Rabbi David Joseph, Sohn des kürzlich verstorbenen Rabbis Ovdia Joseph von der sephardischen SCHAS-Partei, schloß sich lautmals der Meinung von Rabbi Eichler an. In der Kikar Haschabbat charedi Website wird Joseph mit

den Worten zitiert: „Es gibt keinen Zweifel, die Mizrachim (Ausdruck für die religiösen Zionisten, d.Verf.) sind der große Feind des Judentums, der Haß des Mobs auf die Torah-Schüler.“ Diese Hasser der Torah wären die größten Feinde Israels. Der ehemalige Abgeordnete der „Vereinigten Torah-Judaismus-Partei“, Meir Porusch, dekredierte, „es wird keine Vergebung für diese Regierung geben. Wir werden niemals vergessen, was die Netanjahu-Lapid-Bennett-Regierung den Talmudschülern auferlegt. Wir werden niemals den Führern dieser beschämenden Entheiligung des Namens Gottes verzeihen, den sie mit ihren eigenen Händen geschaffen haben!“

Mir sagt dazu der Geist des HERRN, auf diese ungeheuerlichen Vorwürfe im Rahmen einer Pressekampagne im Mai einzugehen. Selbst der als gemäßigt geltende Tel Aviver Haupttrabbiner Meir Lau verstieg sich in den Vorwurf, die Tel Aviver Stadtverwaltung würde sich nicht an die Schabbatheiligung halten. Aber Oberbürgermeister Ron Huldai wurde nur deshalb als Stadtobhaupt gewählt, weil er Tel Aviv zu einer offenen Stadt bestimmt hat, wobei dennoch zu unserem Leidwesen keine öffentlichen Verkehrsmittel am Schabbat verkehren. Es ist kein Ausdruck von Nächstenliebe, wenn die Bürger Israels, die keine finanziellen Mittel für ein Fahrzeug besitzen, am arbeitsfreien Schabbat ihre Freunde und Angehörigen nicht besuchen können, weil es keine öffentlichen Verkehrsmittel gibt. Wir betrachten dies als Diktatur der ultraorthodoxen Juden, die uns ihren Lebensstil aufzwingen wollen. Dann gäbe es weder eine Landesverteidigung noch finanzielle Mittel mehr, um dieses wachsende Bevölkerungskontingent von Nichtstuern durchzufüttern. Ohne Steuereinnahmen könnte der Staat Israel nicht mehr existieren.

Wir gedenken in diesem Zu-

sammenhang der vorbestraften ultraorthodoxen SCHAS-Funktionäre, namentlich Arie Deri, Pincasi oder Levy, die wegen Bestechlichkeit und Amtsmißbrauch vorbestraft sind. Gerade diese Leute erlauben es sich, unverfroren die Mehrheit des Volkes als „teuflisch“ zu bezeichnen, von deren Steuergeldern die ultraorthodoxen Juden ihr beschauliches Leben führen können. Leider begehren die eine Million russischer Einwanderer nicht gegen dieses Diktat dieser ultraorthodoxen Minderheit auf, die die Torah als Vorwand nehmen, um nicht arbeiten zu müssen wie jedermann auch. Gerade Israel, das wohl das bedrohteste Land der Welt ist, muß an seine Landesverteidigung denken und sich jederzeit auf einen Angriffskrieg gefaßt machen. Die fanatischen Horden islamistischer Terroristen kennen keine Gnade. Ich zitiere hierzu Sacharja 14,1-2, wo es heißt:

„Siehe, es kommt dem HERRN die Zeit, daß man deinen Raub austeilen wird in dir. Denn ich werde alle Heiden wider Jerusalem sammeln zum Streit. Und die Stadt wird gewonnen, die Häuser geplündert und die Frauen geschändet werden; und die Hälfte der Stadt wird gefangen weggeführt werden, und das übrige Volk wird nicht aus der Stadt ausgerottet werden.“

Dies wird geschehen in unseren Tagen – und dann sollen wir uns selbst entwaffnen, weil es die faulen und feigen ultraorthodoxen Juden in unserer Gesellschaft so wollen. Dabei kennen sie den Tenach nicht, sonst müßten sie auch diese Bibelstelle kennen. Unter einem „Studium“ verstehe ich etwas anderes, als nur irgendwelche Texte aus dem Talmud zu repetieren, ohne deren Sinn verstanden zu haben.

Dabei ist es auf das einmalige Wirken Gottes zurückzuführen, daß wir wieder nach 2000 Jahren im Land unserer Väter leben dürfen, was wir am Passahausgang stets zugerufen haben: „beschana ha-ba be-jeruschala'im!“ Und nun sind wir seit dem Jahre 1948 wieder in unserem Land und haben für unseren Staat einzustehen und uns für seinen Erhalt einzusetzen, wie unsere Vorväter auch, denn der Faule soll „die Weise der Ameise“ (Sprüche 6,6) erlernen. Nur jeder Arbeiter ist eines Lohnes wert. Im Holocaust waren von den dort lebenden Juden 70 Prozent ultraorthodox. Dies hatte sie nicht vor dem Untergang gerettet! Ich weiß wovon ich schreibe, denn ich habe diese mörderische Zeit erlebt und Hitler sogar gesehen und wunderte mich als Kind, wie die Menschen diesem Teufel zujubelten, der sie alle schließlich ins Verderben riß und Deutschland in Schutt und Asche stürzte.

Die ultraorthodoxen Juden, die keinen Anteil am Aufbau des Landes haben, wie dies der Prophet Hesekiel in Kap. 37,1-14 beschreibt, haben kein Mandat, ihren Lebensstil dem Volk aufzuerlegen, der niemals zu einer solchen Aufbauleistung geführt hätte. Es waren vor allem die Aschenasim, die aus dem europäischen Raum kamen, die diese Leistung hervorgebracht haben. Menschen, die Hitlers Mordmaschine vernichtet hat. Nur wenige sind übrig geblieben – und jene, die damals nach Palästina gelangten, mußten unter mißlichen Umständen das verrottete Land wieder urbar machen und zugleich die stetigen Angriffe der Araber abwehren. Ohne den Beistand Gottes wäre diese Pionierarbeit nicht möglich gewesen. Um es noch deutlicher zu sagen: die ultraorthodoxen Juden haben keine Leistung vollbracht, sondern waren mißliebige Bystander. Ich selbst war als ehemaliger Vorgesetzter im Nachkriegs-

deutschland 1965 Hirte in Galiläa und war mir nicht zu schade, hart im „Dir“ (Schafsstall) meine 384 Schafe zu versorgen, zu melken und ihren Kot zu beseitigen. Wer sich solcher Arbeit zu schade vor kommt, ist kein Chaluz! Im „Hamaschbir Lezarchan“ in Beer-Scheva bediente ich Golda Meir, die dort öfters ihre Tochter besuchte. David Ben-Gurion schrieb ich im Jahre 1962 über Israels Zukunft; er gründete einen Bibelkreis in Sde Boquer. Ich habe niemals aufgehört, für Volk und Staat Israel zu beten, auch wenn ich weiß, daß noch eine schwere Kriegszeit auf das Land zukommt.

Nur bedaure ich das konformistische Schweigen der Juden aus Rußland, die nicht aufgehen und nur in der Furcht leben, daß ihr Judesein von der Mehrheit des Volkes nicht anerkannt werden könnte. Es ist eine Schande, wenn alle Schlechtigkeit im Lande den Juden aus Rußland zugeschoben wird.

Nein, Rabbi Lau hat nicht das Recht, Oberbürgermeister Huldai zu beschuldigen, denn nicht Lau und seine Gesinnungsgenossen haben aus der Düne eine Stadt wie Tel Aviv erstehen lassen. Es waren die Baumeister, Fleißigen, die Versprengten aus anderer Herren Ländern. Es waren vornehmlich deutsche Akademiker, die sich auch in den Kibbuzim die Bausteine zuwarfen. Keiner der ultraorthodoxen Juden wollte mit „mizvot“ (guten Taten) aufwarten, aber sie verlangen gute Taten von all jenen Menschen, die ohnehin für sie arbeiten und sich abschuffen, um ein wachsendes Bevölkerungskontingent durchzufüttern – und müssen sich dafür noch als Häretiker und Satanisten beleidigen lassen. Genau dies ist der Skandal. Und da-

her ist es recht und billig, wenn auch diese ultraorthodoxen Juden endlich einmal eine Schippe in die Hand nehmen und in der Armee Pionierdienste leisten. Vielleicht lernen sie dabei auch Fremdsprachen und andere Fertigkeiten zum Broterwerb. Zu wünschen wäre es für den Erhalt und die Prosperität des Volkes Israel.

An die Anschrift der ultraorthodoxen Juden gerichtet erinnere ich an die Pflichten der geistlichen Wächter. Leider haben Israels selbsternannte Hirten immer nur sich selbst geweidet, wie wir aus Hes. 34,2f. entnehmen können. Die wirklichen Hirten waren die Propheten und auch der Messias Jeschua, noch immer verachtet und verpönt von einem Volk, aus dem er entstammte. Über zwei Milliarden Menschen sehen in Jeschua sogar den Sohn Gottes. Doch unsere zweifelhaften „Weisen“ betreiben keine Vergangenheitsbewältigung, obschon dieser vermeintliche „Bastard“ die Zerstörung unseres Tempels vorhergesagt hat und nicht nur dies: auch die Vertreibung aus dem Lande, die Verfolgung unter den Völkern, fatalerweise angetrieben durch die christliche Kirche, aber schließlich auch die Rückkehr ins Land der Väter nach „langer Zeit“. Wer ist Jeschua gleich, daß der „jüdische Genius“ es bis heute nicht für nötig fand, sich mit eschatologischen Fragen dieser Art ernsthaft auseinanderzusetzen? Es ist der größte Skandal in der Geschichte der Menschheit, daß ein „Volk Gottes“, wie sich Israel gern sieht, seinen größten Sohn noch immer als „etnan sonah“ (Geschenk einer Hure) im Talmud bezeichnet. Soviel Unwissenschaftlichkeit hätte man den Kindern Israels wahrlich nicht zuge-
 traut. Selbst unsere Propheten wurden Opfer durch die Hand unserer „Geistlichkeit“. Jeremia, Stephanus, Jakobus und über den Erpressungsversuch einer Verklagung beim römischen Kai-

ser auch Jeschua. Daß wir wieder im Land unserer Väter leben dürfen, ist nur der Bündnistreue Gottes zu verdanken, weil wir keinerlei Verdienste vor der Heiligkeit Gottes haben. Das Grauen in Auschwitz zeigt uns, was aus uns wird, wenn Gott sein Angesicht von uns abwendet (Jes. 54,8). Und immerhin werden uns weder die vermeintlich christlichen Völker noch die christlichen Kirchen beistehen, wenn ein nochmaliger Ansturm feindlicher Armeen aus Arabern, Russen, Iranern und anderen Völkerschaften auf unser kleines Land erfolgt, wie wir dies aus Hesekiel Kap. 38 im Zusammenhang mit dem „Gog aus dem Lande Magog“ entnehmen können. Ich zweifle daran, daß die Jeschiva-Studenten solche Lektionen in ihren Talmudschulen erlernen.

Was ich hier niedergeschrieben habe, werde ich im Mai in die israelische Zeitung „Westi“ schreiben. Leider fehlen uns die finanziellen Mittel, sonst würde ich dies auch in den großen hebräischen Zeitungen veröffentlichen. Aber die Kirchen, Freikirchen und sonstigen theologischen Verantwortungsträger verwenden ihre Spenden lieber für sich selbst wie die Leviten im antiken Israel, die nur sich selbst weideten, um sich von ihren Anhängern huldigen zu lassen (Parzany, Schneider, Ruth Lapide, Steeb, Beyerhaus und viele andere mehr). Wer aber versteht schon die Zuchtmaßnahmen Gottes, wenn Er sich Israel durch allerlei Kriege, Verbannungszeiten und Verfolgung zubereitete im „Ofen des Elends“ (Jes. 48,10)? Aber auch die untreue Kirche wird es treffen, wenn sie sich erneut einem antichristlichen Diktator unterwirft, mit dem sie gemeinsame Sache machen wird. Das Spektakel einer solchen widergöttlichen Kirche erlebten wir in der Zeit des Nationalsozialismus, die ein Konkordat mit dem Teufel Hitler schloß.

Eine halbe Million Charedim demonstrierten in Jerusalem

Es ist beschämend für die israelische Demokratie, daß Anfang März eine halbe Million ultraorthodoxe Juden nach Jerusalem pilgerten, weil ihr einziges Ziel darin besteht, ihren „Judenstaat“ vor Angreifern nicht verteidigen zu wollen, was juristisch als systematische Wehrkraftzersetzung und damit als Hochverrat gilt, was international einen Straftatbestand darstellt. Insofern ist es recht und billig, wenn diesen vermeintlich frommen Leuten ihre großzügigen Bezüge aus Steuermitteln gestrichen werden. Mit 2000 Bussen wurden diese Demonstranten angekart und 3.500 Polizeibeamte mußten für einen geregelten Verkehr und Ordnung sorgen. Dies alles auf Kosten des israelischen Steuerzahlers. Mit ihrem Schofarblasen werden sie keine Feinde schrecken. Selbst die Rezitierung des Glaubensbekenntnisses „Schma Israel Adonai elohenu Adonai echad“ bewahrte die Juden im Dritten Reich nicht vor der Erschießung

oder Vergasung. Diese „Frommen“ sind nicht unbedingt fromm, sondern verstecken ihre Arbeitsscheu hinter der Torah. Und Finanzminister Lapid mit der Gestapo zu vergleichen, ist eine üble Beleidigung und Verleumdung, die zu bestrafen wäre.

Überhaupt ist beschämend, wenn in Propaganda-Traktaten Israels Verteidigungsarmee mit einem Müllcontainer dargestellt wird, wo Soldaten ultraorthodoxe Juden mit Gewalt hineinziehen wollen. Über eine solche abartige defätistische Einstellung freuen sich die traditionellen Feinde Israels, die darin eine Schwächung der Wehrbereitschaft Israels sehen. Einen besseren Dienst könnten diese Heuchler im frommen Gewand der Chamas, der Hisb-Allah, den Iranern, den Syrern und so weiter nicht machen. Ironischerweise wurden anti-Zahal-Posters vom „Institut für saubere Reden“ finanziert, das sich dem Kampf gegen Verleumdungen und Demütigungen verschrieben hat. Die „jüdische Seele“ gegen die „Unreinheit und den Filz der Armee und des Zivildienstes“ auszuspielen, ist eine Per-



Auf Postern vergleichen Israels ultraorthodoxe Juden Israels Verteidigungsarmee mit einem Müllcontainer, wo Soldaten ultraorthodoxe Juden mit Gewalt hineinziehen wollen

vertierung von Israels Wehrbereitschaft und der freiheitlich demokratischen Rechtsordnung, die jeden Bürger vor dem Gesetz gleichstellt. Dies als eine Verfolgungssituation für das wachsende Heer an unproduktiven ultraorthodoxen Juden hinzustellen, ist der eigentliche Skandal, der beweist, wie falsch es von Ben-Gurion war, diese Leute vom Militärdienst freigestellt zu haben. Wenn dann noch der Abgeordnete der Arbeiterpartei Merav Michaeli Finanzminister Lapid angreift, er sei der König der Ungleichheit und würde das Volk spalten, dann verrät dies nur, wie wenig israelische Politiker hinter ihrem Rechtsstaat stehen. Denn immerhin lehnt die Mehrheit des Volkes das Drohnendasein seiner ultraorthodoxen Drückeberger kategorisch ab. Denn diese profitieren nur vom „jüdischen Charakter“ des Staates, der sich damit einen rassistischen Anstrich gibt. Niemand hat etwas dagegen, wenn jemand gläubig ist und seinen Lebensstil entsprechend ausrichtet, aber wenn dies auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung geht und diese das Luxusdasein dieser Religiösen finanzieren soll, von denen nur ein Bruchteil wirklich religiös ist, dann spricht man vom Parasiten- und Schnorrerdasein. Gerade Finanzminister Lapid merkt an erster Stelle, daß die Ökonomie Israels eine solche Bürde nicht mehr schultern kann, wenn aufgrund dieser ungleichen Behandlung eines gewissen Segments der Bevölkerung den zunehmend bedrohten Staat dazu zwingt, sein Verteidigungsbudget zu deren Gunsten zu kürzen.

Haft für Wehrdienstverweigerer?

Hier scheiden sich die Geister auch unter den Befürwortern vom Militärdienst für ultraorthodoxe Juden. Aber ohne Androhung von Strafen werden sich die „From-

men“ kaum für den Dienst an der Waffe bewegen lassen. Selbst Bennett ist dagegen, aber Lapid dafür. Wenn also Professoren, wie Menachem Friedman, Aviad Hacoen oder Jedidia Stern, einen solchen Standpunkt vertreten, dann sollten sie einmal nach den USA blicken, wo Deserteure und Wehrdienstverweigerer von Staatswegen hart bestraft werden.

Da wird dann Generalmajor res. Amos Gilad schon deutlicher, wenn er sagte: „Falls der Iran Nuklearwaffen besitzt, dann wird die ganze Region atomar aufgerüstet werden.“ Gerade Ägypten wird nunmehr nach langen Jahren wieder von Rußland aufgerüstet und erhält im Bedarfsfall auch das Knowhow für eine Atomindustrie. Insofern kann Israel glücklich sein, daß Ägyptens Generalstabschef Abdel Fatach al-Sisi die Mudjaheddin (Moslembrüder) in die Schranken wies, und die Schmuggler-Tunnels auf der Sinai-Halbinsel zu 90 bis 95 Prozent ausgeschaltet hat. Al-Sisi führt auch Krieg gegen die al-Qaida-Terroristen, die auf dem Gelände des Sinai ihr Unwesen treiben. So kann man in Israel nur hoffen, daß Al-Sisi nicht auch wie Anwar al-Sadat von Offizieren seiner eigenen Leibgarde erschossen wird.

Israels Verteidigungsminister Mosche Ya'alon jedenfalls schließt einen militärischen Alleingang gegen den Iran nicht aus, falls sich herausstellen sollte, daß die USA einer solchen atomaren Aufrüstung im Iran tatenlos zusehen sollten. Denn Ya'alon kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß US-Präsident Obama die „heiße Kartoffel“ einer Auseinandersetzung mit dem Iran allzu gern seinem Nachfolger überlassen möchte. Obamas Nachgiebigkeit ist überall in der Welt zu beobachten. So ist Obama der Hoffnungsträger des moderaten sunnitischen Camps (Saudi-Arabien, Kuwait, Katar und Vereinig-

te Arabische Emirate) gegenüber der schiitischen Achse (Iran, Syrien), die von Rußland gestützt wird. Gleichzeitig ist zu erwarten, daß der Terrorismus, der von fanatischen Islamisten ausgeht, das Vakuum füllt, wo einer solchen Entwicklung nicht entschieden entgegengewirkt wird. Dies zeigt sich vornehmlich in Afghanistan, wo sich die schwächelnde westliche Allianz in diesem Jahr zurückziehen wird, ohne nach all den Jahren die paramilitärischen Al-Qaida-Milizen beseitigt zu haben. Es ist auch äußerst problematisch gegen Menschen zu kämpfen, die ihr eigenes Leben verachten und sich für ihren (falschen) Allah-Gott lieber selbst in die Luft jagen, um auf diese Weise recht viele unschuldige Menschen in den Tod zu reißen. Darüber hinaus werden die Afghanen nach dem Abzug verstärkt wieder Schlafmohn anpflanzen, weil dieser ihnen den größten Gewinn verschafft. Gefährdet ist dabei Pakistan, das mehr als 60 Atomwaffen besitzt. Der Terror der Taliban wird sich dann auch auf Pakistan ausdehnen, um das (noch) gemäßigte Regime zu stürzen und um in den Besitz der Atomwaffen zu kommen. Wer wollte nach der Pleite in Afghanistan dieser Entwicklung Einhalt gebieten?

Zehn Gebote für ultraorthodoxe Soldaten

„Netzach Jehuda“ heißt eine Einheit von ultraorthodoxen Militärs, was an sich schon eine Anmaßung ist, denn der „netzach Israel“ ist der Messias selbst, wie wir aus 2.Sam. 7,12-16 entnehmen können. Im Vers 14 heißt es dazu: „ani ehije-lo le'aw we-hu iheje-li le-ben“ = ich werde ihm Vater und er wird mir Sohn sein. In 1.Sam. 15,29 heißt es hierzu: „Auch lügt der Held in Israel (netzach Israel) nicht, und es gereut ihn nicht; denn er ist nicht ein Mensch, daß ihn etwas gereuen

sollte.“ Der Begriff „Netzach Israel“ ist identisch mit „el-gibor“ als der Held Gottes, was Luther falsch übersetzte mit „Gott, dem Starken“ (Jes. 9,5; 10,20-22). Er, der Messias Jeschua, ist der eigentliche Sieger, der sich seinen Sieg am Kreuz von niemandem nehmen läßt – auch nicht von ultraorthodoxen Juden, die diesen Titel für sich vereinnahmen möchten.

Es ist schon eine Zumutung, daß sich die israelische Generalität damit auseinandersetzen muß, daß ultraorthodoxe Juden beim Militär eine Sonderbehandlung beanspruchen, um möglichst eine Entheiligung des Schabbats auszuschließen. Es ist nicht zu erwarten, daß die Gegner Israels darauf Rücksicht nehmen werden. So lautet auch der Tenor eines Pamphlets „Die Nation verteidigen und die Torah beachten“. So wird darin resümiert, daß die Entheiligung des Schabbats im Falle operativer Notwendigkeiten keine Sünde sei, sondern eine „mizvah“ (gute Tat). In der Schabbat-Check-Liste heißt es dann:

Unnötige Kampfanzüge abzu-legen, Eltern anrufen, um ihnen ein „Schabbat Schalom“ zu wünschen, das Anzünden der Schabbatkerzen. Fahrzeuge noch vor Schabbatbeginn betanken. Fahrten einschränken. Verzicht auf die Bedienung von Telefonen am Schabbat. Nicht vorgesezte Offiziere, sondern ein Feldrabbi ist zu befragen, inwieweit die Schabbatvorschriften gebrochen werden dürfen. Wie sich solcher Unsinn im Kriegsfall umsetzen läßt, wird die Zukunft zeigen. Bedenkt man, daß ausgerechnet am heiligen Jom-Kippur (Versöhnungstag) 1973 die Syrer einen Überraschungsangriff auf den Norden Israels mit tausend Panzern starteten, wo sich die Juden allesamt in ihren Synagogen einzufinden haben, ist nicht davon auszugehen, daß die Feinde Israels auf die Schabbatheiligung

Rücksicht nehmen werden. Die Armeeführung macht sich lächerlich, auf die Forderung der ultraorthodoxen Juden diesbezüglich eingehen zu wollen.

Juden sollen Juden bleiben

Andererseits gibt Israels Regierung jährlich eine Milliarde Schekel (213 Millionen Euro) dafür aus, daß die Juden in der Diaspora Juden bleiben. Dies beschloß die Jewish Agency in Übereinstimmung mit dem Büro des Premierministers und der Partei „Bait Jehudi“ von Minister Bennett. Laut Bennett soll dies keine einmalige Zahlung sein, für die Israels Steuerzahler aufzukommen haben. Mit dieser Demarche soll der Assimilation entgegen gearbeitet werden. Bennett schwebt eine „revolutionäre Änderung in den Beziehungen zwischen Israel und der Diaspora“ vor. Auf diese Weise sollen Juden Juden bleiben und gleichzeitig mit Israel verbunden bleiben, weil die jüngere Generation ihre jüdischen Bindungen zunehmend aufgibt. Innerhalb von fünf Jahren soll dieser milliardenschwere Beitrag noch erhöht werden. Mit solchen Aktionen meint man, dem talmudischen Prinzip des „tikkun ha-olam“ (die Welt zu verbessern) näherzukommen. Bennett ist Kippsträger und vertritt trotz seiner Koalition mit Ja'ir Lapid jüdisch-religiöse Interessen, um auf diese Weise den orthodoxen Parteien, SCHAS und Torah-Judaismus-Partei, Wähler abzunehmen. Hiernach wird Israel als Suprastaat für die Weltjudentum gepriesen, die dort sozusagen unter sich sind. Natan Scharanski, der in der Sowjetunion wegen seines jüdischen Glaubens im Gulag verbannt war, ist nun selbst zum Rassist geworden.

Neuer antichristlicher Vandalismus in Israel

Bedeutet Judesein nunmehr

Haß auf alles, was in den Augen der israelischen Öffentlichkeit nichtjüdisch ist? Werden solche Aktionen, wie die von Bennett, dafür sorgen, daß der weltliche Staat Israel zu einem rassistischen wird? Erst Anfang März wurden in der Ortschaft Jisch in Obergaliläa die Reifen von 40 Fahrzeugen von jüdischen Vandalen zerstochen. Es handelt sich dabei um eine Ortschaft von vornehmlich maronitischen Bewohnern. Dr. Mustafa Abbasi, der im Tel-Chai-College unterrichtet, fand ebenfalls die Reifen seines Autos zerstochen vor. Er und seine Mitbewohner fühlen sich verständlicherweise zutiefst beleidigt, wenn zudem auf Hauswänden geschmiert wurde: „Go'im in Israel = Feinde“, d.h. alle Nichtjuden sind Feinde Israels. „Amerika ist Nazi-Deutschland“ oder „Jesus ist ein Affe“ oder „Maria ist eine Kuh“. Solche Graffiti sind nicht neu (BNI berichtete). Sie tauchen immer wieder in Jerusalem, im galiläischen Akbara, Tuba-Zangariye, in Jaljulya bei Kwar Saba oder auf den Wänden des Klosters Deir Rafat auf. So wurden in Beit Chaninah bei Jerusalem am 11. März die Reifen von 34 Fahrzeugen zerstochen. „Nur Nichtjuden sollten des Landes verwiesen werden!“ heißt es auf der Hauswand, was wir hier als Dokument veröffentlichen.

Diese ultraorthodoxen Juden, die von ihren Rabbis zu solchen Taten angestiftet werden, halten sich für die Herren im Lande, die über dem Gesetz stünden. Unter dem Motto „Preistag“ terrorisieren junge Talmudschüler das Land und sorgen auf diese Weise für einen schlechten Ruf nicht nur bei den Palästinensern, wo sie auch Ölbäume zerstören. Genau so sind die Pöbeleien gegenüber christlichen Israelo-Arabern abzulehnen wie gegen friedfertige Muslime. Diese Agitationen wurden zwar bei dem Polizeichef des Norddistrikts, Zohar Dvir, und Chefsuperintendent Joram Asulai



Auf Hauswänden beschmierten ultraorthodoxe Juden Häuser von Christen und Muslimen mit Slogans, wie "Nur Nichtjuden sollten des Landes verwiesen werden" (s.Bild), oder "Nichtjuden in Israel sind Feinde", "Jesus ist ein Affe", "Maria ist eine Kuh" und andere rassistische Graffitis

zur Anzeige gebracht. Aber wie in meinem Falle bei dem Brandanschlag im Eingangsbereich im siebten Stock in Jaffo im November 2008 wurden keine Täter dingfest gemacht. Deren „heiliger Eifer“ steht offensichtlich über dem Gesetz und erlaubt solche kriminellen Handlungen. Dies ist, was man in Israel unter Toleranz (sowlanut) versteht. Würde man in Deutschland an einer einzigen Hauswand schreiben „Juden raus!“ würde dies am nächsten Tag in der „Jerusalem Post“ stehen und zu einer diplomatischen Demarche führen.

Aber Toleranz ist keine Einbahnstraße! Dies werde ich auch in Israels Zeitung schreiben! Und hätte ich das notwendige Geld, würde ich dies in allen hebräischen Zeitungen veröffentlichen, weil ich mich mit solcher Art Volksverhetzung nicht identifizieren kann, genauso wenig wie mit einer Israelverherrlichung in christlichen Israelfreundeskreisen.

Wenn also Israel zunehmend im Ausland an Sympathien verliert, dann ist dies unter diesen Umständen wahrlich kein Wun-

der.

Kann sich der Ewige noch mit seinem Volk identifizieren, das unschuldige Menschen verfolgt und verschmäht? Sind es nicht viele Christen im Ausland, die noch die besten Propagandisten für Israels Existenzrecht sind?

Mordplan gegen Israels Finanzminister Lapid?

Die Spannungen zwischen der ultraorthodoxen Gemeinschaft in Israel und der Regierung könnte zur Ermordung von Finanzminister Lapid führen, meinte ein prominenter Rechtsanwalt aus dem Lager der ultraorthodoxen Juden namens Dov Halbertal. Er habe gehört, daß es einen „zweiten Itzchak Rabin-Stil Mord“ geben könnte. Ein Talmud-Schüler habe Halbertal zu verstehen gegeben, daß in ultraorthodoxen Zirkeln Schwarze Messen mit schwarzen Kerzen abgehalten würden, die kabbalistischen Ursprungs sind, um mittels „Pulsa denurah Fluch“ den Finanzminister wegen seiner Insistierung, daß die ultraorthodoxen Juden zum Militärdienst eingezogen gehörten, zur Strecke zu bringen. Diesen Fluch haben diese Kreise vor Jahr-

zehnten auch gegen den Autor dieses Beitrages ausgesprochen. Halbertals Informant meinte im Brustton der Überzeugung, daß Ja'ir Lapid von einem ultraorthodoxen Juden ermordet würde, der dies noch als „gute Tat“ betrachtet. Die Polizei nahm daraufhin Ermittlungen auf. Wir haben Lapid in Kenntnis gesetzt, diese Drohungen ernst zu nehmen und sich entsprechend mit Bodyguards zu schützen. Wissenschaftsminister Jakov Peri forderte die Polizei auf, „diesen wilden Angriffen und Morddrohungen“, die von Elementen der ultraorthodoxen Kreisen stammen, nachzugehen. Auch Peri erinnert sich dabei an das Bedrohungspotential gegen den ermordeten Premierminister Itzchak Rabin durch die Hand des „frommen“ Juden Ygal Amir. Nachzulesen ist diese massive Drohung gegen den Finanzminister in der „Jerusalem Post“ vom 27. Februar 2014.

Die weltweiten Militärausgaben verheißen nichts Gutes

Vor allem asiatische Staaten erhöhen ihr Verteidigungsbudget. Bereits 2015 wird China mehr Geld für Waffen ausgeben als Frankreich, Großbritannien und Deutschland zusammen. Laut dem „IHS Jane's Annual Defence Budgets Review“ wuchsen die Rüstungsausgaben im Jahr 2014 erstmalig seit 2009 wieder an. Saudi-Arabien hat seine Militärausgaben in den vergangenen zehn Jahren verdreifacht. Westliche Rüstungsfirmen stellen sich auf die Bedürfnisse ihrer Kunden ein und freuen sich, wenn sie mit Rußland, China und arabischen Staaten gute Geschäfte machen können. Daß diese Waffen einmal gegen sie selbst oder das kleine Israel gerichtet werden könnten, nimmt man bedenkenlos in Kauf. Denn vor allem der Mittlere Osten spart nicht, wenn es um das Militär geht. Allein Oman gab 2013 9,2 Milliarden

Dollar für Waffen, Munition und Panzer aus; eine Steigerung gegenüber 2011 um 115 Prozent. Saudi-Arabien hat sein Budget allein 2013 um 19 Prozent gesteigert. In Asien verzeichnen die Analysten seit 2009 ein stetiges Wachstum. Den Einschätzungen zufolge soll die Region im Jahr 2020 für 28 Prozent der weltweiten Rüstungsausgaben verantwortlich sein. Rund 474 Milliarden Dollar sollen hiernach die Asiaten ausgeben. Gegen diese Ambitionen wird das hoch verschuldete Amerika nicht mehr ankommen.

Die geopolitische Lage verschiebt sich nach Osten, nachdem auch die Europäer mit ihrer Euro-Währung nicht zu Rande kommen, weil sie sich nicht an die Stabilitätskriterien von 3 Prozent Verschuldung laut Maastrichtvertrag gehalten haben, und

die Banken mit dem Geld der Sparer spekulierten. Australien, Indien und Südkorea erhöhen allesamt ihre Verteidigungsbudgets zu einer Zeit, wo man vom Weltfrieden schwärmt. Auch Japan, wo die Sparpolitik lange Zeit die Ausgaben begrenzte, steigert nun die Ziele für 2014. Indien, das bislang als Entwicklungsland betrachtet wurde und von der Bundesregierung Entwicklungshilfe erhält, wird 46,2 Milliarden Dollar für sein Militär ausgeben. Das aufstrebende China investiert 2015 159,6 Milliarden Dollar in Rüstungsgüter und Verteidigung, während das Vereinigte Königreich, Frankreich und Deutschland zusammen auf 149 Milliarden Dollar (rund 110 Milliarden Euro) kommen. Die Duma Rußlands stimmte auf Anweisung von Kreml-Chef Putin bis zum Jahr 2016 einer Erhöhung der

Ausgaben auf 98 Milliarden Dollar zu. Damit ist Rußland der drittgrößte Militärmärkte der Welt, während Deutschland kontinuierlich abrüstet. Mit dem Rückgang der Wehrbereitschaft in Westeuropa geht die militärische Präsenz des Westens zurück. Und wie in Europa verschlanken auch die USA derzeit ihre Truppenstärke, so daß auch amerikanische Rüstungsfirmen verstärkt nach neuen Märkten in Übersee Ausschau halten. Daher besteht bei einer militärischen Auseinandersetzung vor allem im Nahen Osten die konkrete Gefahr, daß die Hemmschwelle für den Einsatz von Atomwaffen immer niedriger wird. Dies wäre dann eine Apokalypse, aus der nur noch der wiederkommende Heiland und Messias Jeschua Errettung schenken kann und wird.

Klaus Mosche Pütz